



## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle  
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom  
29.09.2021
- 3 Strategische Weiterentwicklung des "Potsdamer Modells" zur Bürgerbeteiligung  
Vorlage: 21/SVV/1053  
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation und Partizipation
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung - zur Erledigung
  - 4.1 Abgeltungsvereinbarung zum B-Plan 11A "Waldsiedlung Groß Glienicke"  
Vorlage: 21/SVV/0568  
Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
  - 4.2 Temporäre Aufstockung der Personalservicestelle  
Vorlage: 21/SVV/0854  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
  - 4.3 Dokumentation der Entstehung des Bornstedter Feldes  
Vorlage: 21/SVV/0956  
Fraktion CDU
  - 4.4 Gleiche Informationsrechte für fraktionslose Stadtverordnete  
Vorlage: 21/SVV/0964  
Fraktion DIE aNDERE
  - 4.5 Wiederherstellung des Bereichswechsels im blu  
Vorlage: 21/SVV/0966  
Fraktion DIE LINKE
  - 4.6 Serviceoffensive für den Bürgerservice der Stadt Potsdam  
Vorlage: 21/SVV/0967  
Fraktion DIE LINKE
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  - 5.1 Einrichtung einer Koordinierungsstelle gegen Gewalt an Frauen, sexualisierte  
Gewalt und Stalking  
Vorlage: 21/SVV/0393  
Fraktion DIE aNDERE  
Äa DIE LINKE vom 21.09.21

- 5.2 Weichenstellung für den Pride Month 2022  
Vorlage: 21/SVV/0485  
Fraktion Freie Demokraten
- 5.3 Prüfung der städtischen Beteiligung am HBPG  
Vorlage: 21/SVV/0852  
Fraktion DIE LINKE
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 6.1 Berichterstattung - Auswirkungen eines Mietendeckels  
gemäß Beschluss: 21/SVV/0496
- 6.2 "Gelbe Schleifen" für Potsdam  
Vorlage: 21/SVV/0989  
Oberbürgermeister, Fachbereich Feuerwehr
- 6.3 Toiletten im Volkspark winterfest machen  
Vorlage: 21/SVV/1008  
Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen
- 6.4 Umsetzungsvorschlag für ein Dialogforum mit dem Ziel, Wohnen im  
kommunalen Bestand in Potsdam weiter zu stärken  
Vorlage: 21/SVV/1009  
Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
- 6.5 Sachstand - Projekt 'Grundbildung im Sozialraum' am Schlaatz finanziell  
absichern  
gemäß Beschluss: 21/SVV/0973
- 6.6 Bericht Workshop/Konzept Weihnachtsmarkt Innenstadt 2021
- 7 Sonstiges

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung und weist eingangs darauf hin, dass er die Sitzung gemeinsam mit Herrn Heuer gegen 19:30 Uhr verlassen muss, um einen Folgetermin pünktlich wahrnehmen zu können. In diesem Sinne bittet er, die Tagesordnungspunkte diszipliniert abzuarbeiten.

zu 2

**Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle  
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung  
vom 29.09.2021**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung bittet die Fraktion DIE LINKE um eine Zurückstellung des Tagesordnungspunktes 5.1 - Einrichtung einer Koordinierungsstelle gegen Gewalt an Frauen, sexualisierte Gewalt und Stalking – DS 21/SVV/0393 bis zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses, da es hierzu weiteren Beratungsbedarf gebe.

Im Weiteren verweist der Oberbürgermeister auf die mit der Nachtragstagesordnung geänderte Reihenfolge. Dies begründe sich darin, dass die Tagesordnungspunkte 4.1 und 4.2 **nicht zur Erledigung** in den Hauptausschuss überwiesen wurden und somit mit einem Votum in die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung „zurückgehen“. Beide Anträge werden unter dem Punkt 5 behandelt.

Die von Herrn Dr. Scharfenberg erbetenen Informationen zur Thematik „Taxinotstand“ kann der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, Herr Rubelt, heute nicht geben, so dass dies in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Hauptausschusses aufgenommen wird.

Der ebenfalls von Herrn Dr. Scharfenberg erbetene Bericht zum Wegfall der GRW-Förderung wird in die Tagesordnung der Sitzung des Hauptausschusses am 08.12.2021 aufgenommen.

Die so **geänderte Tagesordnung** wird zur Abstimmung gestellt und einstimmig **bestätigt**.

Zur **Niederschrift** der 44. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 29.09.2021 gibt es keine Anmerkungen; die Niederschrift wird mit 13 Ja-Stimmen, bei einer Stimmenthaltung **bestätigt**.

Auf Bitte von Herr Said informiert der Oberbürgermeister über die aktuelle Lage (Corona) in der Landeshauptstadt Potsdam. Mit einer 7-Tage-Inzidenz von 111,5 liege die Stadt seit Sonntag über dem Wert von 100, womit die sogenannten Modellversuche nicht mehr durchgeführt werden können. Damit gelten die aktuellen Regeln des Landes Brandenburg; die Landeshauptstadt habe nicht die Absicht darüber hinauszugehen, zumal die Dritte Verordnung über den Umgang mit dem SARS-CoV-2-Virus und COVID-19 in Brandenburg (Dritte SARS-CoV-2-Umgangsverordnung - 3. SARS-CoV-2-UmgV) am 09.11.2021 auslaufe. Er gehe davon aus, dass wie bisher Gespräche mit den Oberbürgermeistern und Landräten in der nächsten Woche stattfinden, um das weitere Vorgehen abzustimmen.

**zu 3      Strategische Weiterentwicklung des "Potsdamer Modells" zur  
Bürgerbeteiligung  
Vorlage: 21/SVV/1053  
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation und Partizipation**

Herr Jetschmanegg, Leiter des Geschäftsbereiches Zentrale Verwaltung, bringt die Vorlage ein und beantwortet die Nachfragen von Herrn Rühling zu den internen Partnern und der Personalausstattung der WerkStadt für Beteiligung. Die von Herrn Dr. Scharfenberg geforderte Beteiligung des Hauptausschusses wird vom Oberbürgermeister zugesagt.

**Der Hauptausschuss beschließt:**

- 1. Die Landeshauptstadt Potsdam setzt das Modell der strukturierten Bürgerbeteiligung (DS 16/SVV/0281) fort und sucht ab 01.02.2023 im Rahmen eines Zuwendungsverfahrens unter Berücksichtigung der besonderen Bedingungen des „Potsdamer Modells“ einen externen Partner für die Trägerschaft des verwaltungsexternen Teils der WerkStadt für Beteiligung.**
- 2. Für das Zuwendungsverfahren ist ein Interessenbekundungsverfahren durchzuführen. Das Ergebnis ist für das vierte Quartal 2022 vorgesehen.**
- 3. Die Laufzeit der Zusammenarbeit mit dem externen Partner soll auf maximal fünf Jahre ausgelegt sein. Dabei soll nach dem Ablauf von drei Jahren die Option der Verlängerung bestehen.**
- 4. Im Rahmen der Vorbereitung und Durchführung des Interessenbekundungsverfahrens soll die konzeptionelle Weiterentwicklung des „Potsdamer Modells“ der strukturierten Bürgerbeteiligung durch den zuständigen Fachbereich 51 Kommunikation und Partizipation erfolgen. Über den gesamten Prozess soll im Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung turnusmäßig berichtet werden.**
- 5. Der Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung wird mit der beratenden Begleitung des Prozesses beauftragt.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>16</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>1</b>

**zu 4      Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung - zur Erledigung**

**zu 4.3      Dokumentation der Entstehung des Bornstedter Feldes  
Vorlage: 21/SVV/0956  
Fraktion CDU**

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, Herr Rubelt, verweist darauf, dass eine entsprechende Dokumentationspflicht sowieso bestehe, die im Zuge der Aufhebung der Entwicklungssatzung Bornstedter Feld

geplant sei und beauftragt werde. Gespräche mit dem Entwicklungsträger wurden bereits geführt. Insofern ist der Antrag durch Verwaltungshandeln erledigt; ein Beschluss aber auch nicht „schädlich“.

Herr Finken bittet namens der Fraktion um die Abstimmung:

**Der Hauptausschuss beschließt:**

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt im Entwicklungsbereich Bornstedter Feld eine dauerhafte Dokumentation über die Entstehung und Entwicklung des Wohngebietes zu erstellen. Diese Dokumentation in Bild und Wort soll bis zum Abschluss der Entwicklungsmaßnahme z.B. im Volkspark ihren Platz finden.**

**Dem Hauptausschuss sind bis März 2022 die ersten Ideen und Überlegungen vorzustellen. Zu prüfen ist, die Umsetzung mit Mitteln aus der Entwicklungsmaßnahme zu finanzieren.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	17
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

**zu 4.4 Gleiche Informationsrechte für fraktionslose Stadtverordnete**

**Vorlage: 21/SVV/0964**

Fraktion DIE aNDERE

Für die Fraktion DIE aNDERE erläutert Herr Rühling das Anliegen des Antrags. Der Oberbürgermeister betont, dass natürlich alle Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung nach den rechtlichen Vorgaben der Brandenburgischen Kommunalverfassung beteiligt werden müssen. Auf dieser Grundlage arbeitet die Verwaltung und korrigiert im Zweifelsfall. Alle anderen Formen der Beteiligung liegen in den Händen der Stadtverordnetenversammlung selbst. Er verweist auf den bereits im März durch den Hauptausschuss abgelehnten Antrag mit der DS 20/SVV/1364.

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister und der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung werden beauftragt, künftig zu allen Sitzungen von Gremien und Arbeitskreisen, in denen Mitglieder auf Vorschlag der Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung (SVV) mitwirken, auch die fraktionslosen Stadtverordneten einzuladen.

Außerdem sollen auch die fraktionslosen Stadtverordneten alle Sitzungsunterlagen und Protokolle dieser Sitzungen erhalten, falls diese nicht im Ratsinformationssystem (RIS) zugänglich sind.

Außerdem sollen den fraktionslosen Stadtverordneten künftig alle Unterlagen und Informationen zur Verfügung gestellt werden, die die Fraktionen zur Vorbereitung der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und der Fachausschüsse ergänzend zu den im RIS verfügbaren Sitzungsunterlagen erhalten.

**Abstimmungsergebnis:**  
mit Stimmenmehrheit **abgelehnt**,  
bei 2 Ja-Stimmen.

**zu 4.5 Wiederherstellung des Bereichswechsels im blu**  
**Vorlage: 21/SVV/0966**  
Fraktion DIE LINKE

Die Beigeordnete für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, Frau Aibel, informiert, dass dieser Bereichswechsel seit dem 01.07.2021 auf der Grundlage einer erprobten Verfahrensweise möglich und die Antragstellung der Fraktion DIE LINKE somit überholt sei.

Der Oberbürgermeister stellt die „**Erledigung durch Verwaltungshandeln**“ zur Abstimmung; diese wird einstimmig bestätigt.

**zu 4.6 Serviceoffensive für den Bürgerservice der Stadt Potsdam**  
**Vorlage: 21/SVV/0967**  
Fraktion DIE LINKE

Die Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, Frau Meier, führt dazu aus, dass bereits viel getan werde, um den Bearbeitungsstau in den genannten Bereichen abzubauen. Im Weiteren stellt sie einige der langfristig geplanten Maßnahmen vor, die auch unter der schwierigen Arbeitsmarktsituation und der digitalen Entwicklung zu betrachten seien. Sie schlägt vor, mit einer umfassenden Mitteilungsvorlage dies komplex darzustellen.

Frau Dr. Zalfen betont, dass sich über den notwendigen Handlungsbedarf sicher alle einig sind und die Situation auch etwas mit der Pandemie zu tun habe. Die Fraktion SPD schlägt vor, diese Maßnahmen im Kontext mit dem Status quo darzustellen und den Antragstext entsprechend anzupassen. Sie gibt diesen mündlich zur Kenntnis.

In der sich anschließenden Diskussion werden Fragen zu den derzeitigen Wartezeiten, der Terminvergabe und den geltenden Richtwerten diskutiert und beantwortet.

Frau Dr. Müller signalisiert für die Fraktion DIE LINKE, dass der neue Beschlusstext übernommen werde, allerdings unter der Maßgabe, dass der erste Satz aus dem bisherigen Antragstext bestehen bleibt.

Der Antrag wird in der geänderten Fassung zur Abstimmung gestellt:

**Der Hauptausschuss beschließt:**

**Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die bedarfsgerechte Verbesserung des Serviceangebots des Bürgerservices zu einem Schwerpunkt seiner Tätigkeit zu machen.**

**Der Oberbürgermeister wird gebeten, die aktuelle Lage im Bürgerservice, in der Kfz-Zulassung und der Fahrerlaubnisbehörde hinsichtlich Terminvergabe, Personalsituation und angefallenen Arbeitsrückstau (u.a. pandemiebedingte „Bugwelle“) darzustellen.**

Der Oberbürgermeister wird weiterhin aufgefordert, die Qualität und Verlässlichkeit des Bürgerservices dauerhaft wieder herzustellen und für die Zukunft zu sichern. Dazu ist er gebeten zu erarbeiten und darzustellen, mit welchen kurzfristigen Maßnahmen der aktuelle Arbeitsrückstau zügig abgebaut wird und wie mittel- und langfristig der Bürgerservice, die Kfz-Zulassung und die Fahrerlaubnisbehörde zukunftsfest und bedarfsgerecht aufgestellt werden können.

Dabei sollen die Chancen der Digitalisierung für die Weiterentwicklung der Angebote des Bürgerservices berücksichtigt werden, aber auch unkomplizierte analoge/persönliche Angebote zur Verfügung stehen.

Dem Hauptausschuss ist im Februar 2022 zu berichten.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig angenommen.

## zu 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

### zu 4.1 Abgeltungsvereinbarung zum B-Plan 11A "Waldsiedlung Groß Glienicke" Vorlage: 21/SVV/0568

Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur

Der Oberbürgermeister verweist auf die Zustimmung des Ortsbeirates Groß Glienicke und stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, mit der Gewobag Wohnungsbau-Aktiengesellschaft, Verpflichtung der Gewobag zur Zahlung eines Abgeltungsbetrags in Höhe von 1.226.597,08 brutto zuzuschließen.

Im Gegenzug verzichtet die Landeshauptstadt Potsdam auf die Verpflichtung der Gewobag zur Herstellung der Ost-West-Spange als äußere Erschließung des Plangebiets, wie das im Vertrag vom 18.06.2001 zwischen der Gewobag und der Gemeinde Groß-Glienicke in § 3 vereinbart wurde.

**Abstimmungsergebnis:**  
Zustimmung: 16  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 1

### zu 4.2 Temporäre Aufstockung der Personalservicestelle Vorlage: 21/SVV/0854

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt dem vorliegenden Antrag in einer neuen Fassung zuzustimmen, die den Mitgliedern des Hauptausschusses mit den Stellungnahmen der Ausschüsse digital vorliegt. Da kein Redebedarf besteht,

wird diese zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

~~Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Bereich Personalservice zu stärken, in dem ein Teil der unbesetzten Personalstellen in den Geschäftsbereichen temporär für den Personalservice zur Verfügung gestellt werden (z. B. über befristete Einstellungen, Ausleihen, etc.) bis der Rückstau in den bereits beschlossenen und fachlich vorbereiteten Stellenbesetzungen abgebaut ist.~~

~~Dem Hauptausschuss ist im November Bericht zu erstatten.~~

**Der Oberbürgermeister wird gebeten, den Bereich Personalservice zu stärken, um den Rückstau bei den beschlossenen Stellenbesetzungen abzubauen.**

**Dem Hauptausschuss ist im Rahmen der regulären Berichterstattung zur Personalsituation zu berichten.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>16</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>1</b>

- zu 5.1** **Einrichtung einer Koordinierungsstelle gegen Gewalt an Frauen, sexualisierte Gewalt und Stalking**  
**Vorlage: 21/SVV/0393**  
Fraktion DIE aNDERE

**Zurückgestellt bis zur Sitzung des Hauptausschusses am 10.11.2021.**

- zu 5.2** **Weichenstellung für den Pride Month 2022**  
**Vorlage: 21/SVV/0485**  
Fraktion Freie Demokraten

Herr Teuteberg begründet nochmals das Anliegen und wirbt für eine Zustimmung zu dieser Drucksache.

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Vorbereitung auf den Pride Month 2022 Gespräche für ein breites gesellschaftliches Bündnis (Verbände, Vereine, Parteien etc.) mit dem Ziel zu führen, Maßnahmen zur Förderung von Vielfalt und Toleranz zu unterstützen.

Als Auftakt für solche Maßnahmen wird der Oberbürgermeister beauftragt zu prüfen, ob und welche Fußgängerampeln im Zuge von Bau- und Erneuerungsmaßnahmen nach Wiener Vorbild mit gleichgeschlechtlichen Motiven ausgerüstet werden können.

**Abstimmungsergebnis:**  
mit Stimmenmehrheit abgelehnt,  
bei einer Ja-Stimme und  
einigen Stimmenthaltungen.

**zu 5.3 Prüfung der städtischen Beteiligung am HBPG**  
**Vorlage: 21/SVV/0852**  
Fraktion DIE LINKE

Der Ausschuss für Kultur hat diesem Antrag mit einigen Änderungen zugestimmt, die den Mitgliedern des Hauptausschusses mit den Stellungnahmen der Ausschüsse digital zur Verfügung gestellt wurden.

Die Beigeordnete für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, Frau Aibel, führt dazu aus, dass zu dieser Fassung eine Klarstellung nötig sei, um ein entsprechendes Signal an das Land zu senden. In der jetzigen Situation sei ein Einstieg in Verhandlungen sowieso notwendig und gehe es nicht um das „Ob“, sondern um das „Wie“. Ein Ergebnis könne dann erst Ende des 2. Quartals 2022 vorliegen.

Bezugnehmend auf die im Ausschuss für Kultur geführte Diskussion betont Herr Dr. Scharfenberg, dass es wichtig sei, die Beteiligung dieses Ausschusses zu sichern und ein Ergebnis Ende des II. Quartals vorzulegen. Frau Dr. Zalfen hält den neuen Beschlusstext für sinnvoll, da bislang viel „Subtext“ enthalten war und begrüßt ebenfalls die Beteiligung des Ausschusses für Kultur. Frau Hüneke verweist auf die kulturpolitischen Konzepte und die Diskussion in diesem Kontext. Aus ihrer Sicht sollte dem nicht vorgegriffen werden und seien beide Textvarianten nicht notwendig. Frau Aibel entgegnet, dass sich die Verpflichtung aus der geltenden Verwaltungsvereinbarung ableite und eine neue in diesem Zeitrahmen abgeschlossen werden müsse.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, im Zusammenhang mit der konzeptionellen Weiterentwicklung der Brandenburgischen Gesellschaft für Kultur und Geschichte gGmbH (BKG) und ~~vor dem Hintergrund im Rahmen~~ der Neufassung der kulturpolitischen Konzepte der Landeshauptstadt Potsdam **sich mit dem Land Brandenburg (dem MWFK) dahingehend zu verständigen** zu prüfen, ~~ob und mit welcher inhaltlichen Ausrichtung die städtische Beteiligung der Stadt an der gGmbH aufzugeben und durch eine Projektförderung zu ersetzen wäre.~~ **wie sich die LHP nach dem Auslaufen der aktuellen Verwaltungsvereinbarung (zum Jahresende 2022) ab dem Jahr 2023 an der BKG beteiligen soll.**

Das Prüfergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung bis Ende des Jahres **II. Quartals 2022** vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig angenommen.

## **zu 6        Mitteilungen der Verwaltung**

### **zu 6.1        Berichterstattung - Auswirkungen eines Mietendeckels gemäß Beschluss: 21/SVV/0496**

Herr Jekel, Leiter des Fachbereiches Wohnen, Arbeiten und Integration verweist auf den Auftrag an den Oberbürgermeister, zu untersuchen, welche Auswirkungen es hat, wenn die Kaltmieten im Wohnungsbestand der Landeshauptstadt Potsdam und deren städtische Betriebe innerhalb der letzten 5 Jahre maximal um z.B. 1 % angehoben werden dürfen [...]. Er erläutert die Prüfergebnisse, die auf Basis der Wirtschaftsplanung der ProPotsdam entsprechend der Bitte von Herrn Kirsch dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt werden.

Im Rahmen der weiteren Diskussion wird angeregt, einen Gedankenaustausch zu dieser Thematik mit den Geschäftsführenden der Pro Potsdam im nicht öffentlichen Teil der nächsten Sitzung des Hauptausschusses zu führen. Der Oberbürgermeister verweist auf die dazu geführte Diskussion in der Hauptausschusssitzung am 15.09.2021 und die Ausführungen von Herrn Westphal. Die Ausführungen von Herrn Jekel auszureichen, bedarf der Prüfung, inwieweit es sich um unternehmensrelevante Daten handelt.

### **zu 6.2        "Gelbe Schleifen" für Potsdam Vorlage: 21/SVV/0989 Oberbürgermeister, Fachbereich Feuerwehr**

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

### **zu 6.3        Toiletten im Volkspark winterfest machen Vorlage: 21/SVV/1008 Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen**

Auf den Hinweis von Herrn Dr. Scharfenberg, dass die Toilette im Café seit der Corona-Pandemie nicht mehr zur Verfügung stehe und er hierzu anregt, mit dem Betreiber Gespräche zu führen, entgegnet Herr Rubelt, dass die Verwaltung unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sukzessive an der Weiterentwicklung dieser Thematik arbeite.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

### **zu 6.4        Umsetzungsvorschlag für ein Dialogforum mit dem Ziel, Wohnen im kommunalen Bestand in Potsdam weiter zu stärken Vorlage: 21/SVV/1009 Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration**

Nach der Erläuterung der Mitteilung der Verwaltung durch Herrn Jekel, betont Herr Dr. Scharfenberg, dass er den Auftrag als nicht erfüllt ansehe. Hier sei nur

ein Verfahrensvorschlag vorgelegt worden; der Auftrag beinhalte aber mehr. Herr Jekel entgegnet, dass dies in der Ausschreibung der Leistung und im Dialogforum Berücksichtigung finde.

Herr Dr. Scharfenberg bittet darum, im Januar 2022 zu konkretisieren, wie dieses Dialogforum ausgestaltet werde und kündigt eine intensive Begleitung des Anliegens an, um an das gewünschte Ziel zu kommen.

**zu 6.5 Sachstand - Projekt 'Grundbildung im Sozialraum' am Schlaatz finanziell absichern  
gemäß Beschluss: 21/SVV/0973**

Die Beigeordnete für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, Frau Aibel, informiert an Hand einer Powerpoint-Präsentation (dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt) über die Projekte der Grundbildung an der Volkshochschule, deren Kernfelder und ihre Weiterführung sowie die bestehenden Herausforderungen. Sie betont, dass ein Format gefunden worden sei, das einen entsprechenden Übergang ermögliche. Sie schlägt vor, im Laufe des Jahres 2022 erneut zu berichten, wie dann konkret weiter verfahren werden soll.

Auf die Nachfrage von Herrn Said über die Anzahl der Teilnehmenden sagt Frau Aibel zu, die Zahlen nachzureichen.

**zu 6.6 Bericht Workshop/Konzept Weihnachtsmarkt Innenstadt 2021**

Eingangs verweist Herr Frerichs, Leiter der Wirtschaftsförderung auf die Beschlüsse 20/SVV/0011 (Konzeptvorstellung im Hauptausschuss) und 20/SVV/0090 (Durchführung eines Workshops). Er führt aus, dass der Einladung zum Workshop rund 15 Personen gefolgt seien und Vertreter der Stadtverordnetenversammlung, der Händler- und Werbegemeinschaften sowie der Stadtverwaltung Potsdam anwesend waren. In diesem Rahmen habe Herr Heieck, Geschäftsführer der COEX Veranstaltungs GmbH & Co. KG, das Konzept für den Weihnachtsmarkt „Blauer Lichterglanz“ 2021 in der Brandenburger Straße einschließlich Luisenplatz und Bassinplatz vorgestellt. Im Ergebnis der anschließenden Diskussion wurde Folgendes einvernehmlich festgehalten:

1. Der Workshop spricht sich grundsätzlich für einen Weihnachtsmarkt in der Potsdamer Innenstadt aus. Wie und wo genau, muss für die Zukunft geklärt werden.
2. Der Workshop stimmt dem Konzept „Blauer Lichterglanz“ für 2021 zu. Die vorgestellten weiteren Verbesserungen hinsichtlich Nachhaltigkeit, Barrierefreiheit, Sicherheit und Reduzierung der Belastungen werden begrüßt.
3. Die Verwaltung (47, 402 ggf. unter Einbeziehung 512, 513) lädt im ersten Halbjahr 2022 zu einem moderierten Workshop ein. Die vorgesehenen Neugestaltungen der Brandenburger Straße und abschnittsweise der Friederich-Ebert-Straße können Ausgangspunkt und Anlass für eine grundsätzliche Ideenschmiede für den künftigen Weihnachtsmarkt in der Potsdamer Innenstadt sein.

4. Unabhängig von dem Ergebnis des Workshops (und des Votums des Hauptausschusses) wird die Genehmigung für den Weihnachtsmarkt „Blauer Lichterglanz“ 2021 auch unter Berücksichtigung der aktuellen Umgangsverordnung des Landes Brandenburg zur Pandemielage erfolgen.

Anschließend erläutert Herr Heieck die eingeleiteten Maßnahmen, um den Kritikpunkten bzgl. der vergangenen Weihnachtsmärkte entgegenzuwirken.

So werde die Anzahl der Hütten vor den Geschäften in der Brandenburger Straße um 20 reduziert, um den Markt zu entzerren. Um die Barrierefreiheit zu verbessern, werden in diesem Jahr rollstuhlgerechte Kalbelbrücken genutzt. Bei der Sanierung der Brandenburger Straße sollen Leerrohre eingebettet werden, um diese zukünftig für die Kabel zur Stromversorgung zu nutzen. Dem hohen Abfallaufkommen durch den Verkauf von Styroporbechern wird durch den Einsatz von Tassen aus bruchsicherem Glas entgegengewirkt. Diese Gläser sind mit Pfand belegt und können an jedem anderen Glühweinstand wieder zurückgegeben werden. Darüber hinaus wird eine konkrete Mülltrennung organisiert.

Im Weiteren, so Herr Heieck, sei die Frage der optischen Gestaltung des Weihnachtsmarktes sehr wichtig und ein Alleinstellungsmerkmal des Potsdamer Weihnachtsmarktes. Um das Thema „blauer Lichterglanz“ fortzusetzen, aber auch die Kritiken zu berücksichtigen, wurde der Baum am Brandenburger Tor in einen Naturbaum umgewandelt und werde das Thema auf der Brandenburger Straße durch weitere Bäume wiederholt.

Die Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, Frau Meier, führt im Weiteren aus, dass unter den jetzigen Bedingungen die Standorte Bassinplatz und Luisenplatz gesichert seien, weil hier eine Zugangssteuerung möglich sei. Zur Erweiterung dieser wurden verschiedene Varianten diskutiert, werde aber vor einer endgültigen Entscheidung die neue Eindämmungsverordnung des Landes abgewartet.

## **zu 7      Sonstiges**

Keine Themen